Abg. Tandler verwies auf jüngste Presseberichterstattungen, wonach es hier eine gewisse Bewegung gebe. Auch die Stadt Bonn erwäge offensichtlich eine Teilnahme. Er erkundigte sich, ob es neue Erkenntnisse hinsichtlich der Kosten sowie einer Kostenbeteiligung des Landes gebe.

KVD Karcher teilte mit, bei den dargestellten Kosten in Höhe von 3.500 € handele es sich um die jährlichen Betriebskosten, bei den 750 € dagegen um eine einmalige Leistung bei Verlinkung des Angebotes mit der Homepage des Rhein-Sieg-Kreises.

Bedauerlich sei, dass man diese Ausgabe aufgrund der Haushaltssituation derzeit nicht tätigen könne, zumal dieses sinnvolle Angebot in der Bevölkerung sicherlich gut ankommen würde. Auch die Stadt Köln und der Rheinisch-Bergische Kreis könnten sich derzeit nicht beteiligen. Inwieweit eine Beteiligung der Stadt Bonn haushaltstechnisch möglich sei, könne er nicht beurteilen. Im Zuge der Haushaltsberatungen sollte man aber eine Beteiligung des Rhein-Sieg-Kreises erneut diskutieren.

Abg. Küpper fragte nach der Erweiterung des Systems um ÖPNV-Funktionen. Er habe die Vorlage so verstanden, dass diese Erweiterung nur erfolgen könne, soweit eine genügende Anzahl von Kommunen sich beteilige. Im übrigen tendiere er dahin, hier zunächst einmal abzuwarten, wie sich dieses Portal entwickle.

KVD Karcher entgegnete, zunächst müsse die generelle Frage, ob das System „auf den Markt gehe“, geklärt werden. Werde das System eingeführt, so könne auch eine „ÖPNV-Verlinkung“ erfolgen.

Abg. Jablonksi machte deutlich, dass man hierfür in diesem Haushalt aufgrund des Haushaltssicherungskonzeptes keine Finanzmittel bereitstellen könne. Insoweit müsse man hierüber im Rahmen der Haushaltsberatungen erneut diskutieren und die Thematik daher heute vertagen.

SKB Andres erkundigte sich nach den Möglichkeiten eines Sponsorings durch private Firmen.

KVD Karcher antwortete, dass der Projektentwickler als Anbieter auftrete. Dieser benötigte aber eine öffentlich zugängliche Plattform. Das gesamte System sei insoweit auf die öffentliche Gebietskörperschaften hin konzipiert, nicht aber auf private Firmen.

Im Übrigen bestand Einvernehmen, die Thematik in die Haushaltsberatungen zu verweisen.